

Protest gegen „Stasi-Kneipe“

Berlin, 6. August 2008

Ein großes mediales Echo begleitet derzeit die Eröffnung der so genannten „Stasi-Kneipe“ in unmittelbarer Nähe der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in der Berliner Normannenstraße.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. nimmt die geschmacklose Art der „Erlebnis-Gastronomie“, für die dieses Etablissement steht, mit Entsetzen zur Kenntnis. Die Betreiber der Gaststätte, naiv, ohne historisches Gedächtnis, negieren das Leiden von tausenden ehemaligen politischen Häftlingen und Verfolgten, wenn sie die MfS-Unterdrückungsmaschinerie aus reinem Profitstreben zum Spaßfaktor umfunktionalisieren.

Dabei ist keines der vorgebrachten Argumente zu akzeptieren: Weder die Flucht aus einer sozialen Notlage in eine absurde Geschäftsidee noch das Ansinnen, mit „satirischem Ernst“ aufklären zu wollen, indem man z.B. mit der Versprechung Gäste wirbt, dass sie nach einer fingierten „IM-Verpflichtung“ Getränkeabatt erhalten, können als Erklärungen herhalten. Vielmehr sind sie reine Demagogie zur Verschleierung von Geschäftsinteressen. Da es den Betreffenden scheinbar an jedweden moralischen Empfinden und Unrechtsbewusstsein mangelt, erhebt die UOKG ihre Stimme im Namen der zahllosen Opfer des MfS, für die die Wunden der Vergangenheit auch noch heute gegenwärtig sind, und verurteilt den hinter der Geschäftsidee und ihrer Umsetzung stehenden Denkansatz auf das Schärfste. Er ist, ebenso wie der Missbrauch von Attributen des Schreckens aus der Zeit der ersten totalitären Herrschaft, des Nationalsozialismus, von der Gesellschaft als unmoralisch und inhuman zu geißeln.

Da die UOKG keine Möglichkeit sieht, auf juristischem Wege gegen die Betreiber vorzugehen, ruft sie die Öffentlichkeit auf, die „Stasi-Kneipe“ zu boykottieren und mit Nichtachtung zu strafen.

gez. Rainer Wagner
UOKG-Vorsitzender